

Entwicklung der Demokratie

Politisch gebildete Jugendliche als Antrieb

Das Projekt „Politische Bildung für Jugendliche in Tirol“ (PoBi) hat es sich seit Mitte des Jahres 2011 zum Ziel gesetzt, bei Tiroler Jugendlichen das Interesse für Politik zu wecken. Dadurch soll ein Weg geebnet werden, der zu einer vermehrten Teilnahme an politischen Prozessen führt. Im Folgenden wird ein Überblick über die Einbindung politischer Bildung in österreichische Schulen sowie über dabei auftretende Probleme gegeben. Am Beispiel des Projekts PoBi werden kurz, mittel- und langfristige Konsequenzen mangelhafter politischer Bildung und Lösungsvorschläge diskutiert. In einem Fazit wird zur Diskussion gestellt, wie weit politische Bildung gehen muss, um der geforderten Partizipation gerecht zu werden.

Ihr eigenes Unbehagen gab ihr Ansporn. Victoria Weber (21), Initiatorin des Projekts PoBi, ärgerte sich über den politischen Unterricht, der während ihrer eigenen Schulzeit halbherzig, sporadisch und nur nebenbei in anderen Fächern mitabgehandelt wurde. Die Möglichkeit, über aktuelle Politik zu sprechen, ergab sich überhaupt nicht. „Und dann wurde ich 16 und musste plötzlich wählen gehen“, so Weber über ihre eigene Ratlosigkeit, mit der sich eine Vielzahl (Tiroler) Jugendlicher¹ konfrontiert sehen.

Politische Bildung zum Erwerb von „Bürgerkompetenz“

Auch wenn die Unzufriedenheit in den Gesprächen mit SchülerInnen in den Tiroler Schulen das Gegenteil vermuten lassen könnte², ist politische Bildung fest in den Unterricht aller Oberstufen verankert. Im Herbst 2008 nahmen nach einem Beschluss auf Bundesebene im Jahr 2001 auch die Gymnasien als letzte Schulform die verpflichtende Beschäftigung mit Politik in ihren Lehrplan auf.³ Als „Bürgerkompetenz“ firmierend gilt politische Bildung gar als eine der nationalen⁴ und europäischen „Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen“⁵.

Politischer Bildung wird in Österreich selten ein eigenes Fach gewidmet, doch ist die Verquickung mit dem Geschichtsunterricht in der Logik historisch gewachsener Politikentwicklung nachvollziehbar. Die Voraussetzungen für den Unterricht der politischen Bildung in Österreich wurden also geschaffen. Warum aber sind Jugendliche dann enttäuscht vom klassischen politischen Bildungsunterricht?

Österreichs politischer Unterricht theoretisch umfassend

Grundsätzlich⁶ müssen beim politischen Bildungsunterricht an österreichischen Schulen (1) formales Sachwissen über (zeitgeschichtliche) Eckdaten sowie (2) inhaltliches Wissen über verschiedene gesellschaftliche Interessen und deren Machtverteilung unterrichtet werden. Lehrkräfte sollen (3) einen Denkprozess anregen, der das selbstständige Erkennen von Zusammenhängen und die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein fördert.

Der derzeitige politisch bildende Unterricht bleibt oft bei der Vermittlung von formalem Faktenwissen im Frontalunterricht stecken. Dieses Problem ist strukturell⁷ und reicht weiter als bis zur einzelnen Lehrkraft, die selbst häufig beanstandet, im politischen Unterrichten unzureichend geschult zu sein.⁸

Mängel der politischen Bildung und ihre Auswirkungen in der Praxis

Die Konsequenzen des nur auf Formalwissen ausgerichteten politischen Bildungsunterrichts zeigen sich (1) kurzfristig in verunsicherten, frustrierten oder desinteressierten Reaktionen von Jugendlichen, sich mit politischen Themen zu beschäftigen. So beklagen Tiroler SchülerInnen „keine Ahnung von Politik“⁹ zu haben. Die Verunsicherung schlägt sich (2) mittelfristig im fehlenden Interesse¹⁰ nieder, aktiv oder passiv an den bestehenden Institutionen des politischen Systems teilzuhaben. Werden formales, inhaltliches und prozessuales Wissen nicht gemeinsam und aufeinander aufbauend erlernt, läuft das Gesellschaftssystem (3) langfristig Gefahr, sich aus Menschen zusammensetzen, die Wirkungszusammenhänge nicht zu erkennen vermögen und die wenig Erfahrung im demokratischen Handeln haben.

Um diesen Entwicklungen, die sich in unterschiedlichen Tendenzen bereits abzeichnen (Stichworte Politikverdrossenheit, sinkende Wahlbeteiligung), entgegenzuwirken, wurde das Projekt PoBi von Victoria Weber ins Leben gerufen. Sie und ihr Team setzen an der Stelle ein, wo der klassische staatlich gewährleistete politische Bildungsunterricht aufhört. Als eine private Initiative, die sich aus sporadisch erworbenen Förderungen finanziert, leistet PoBi jene Arbeit, die der Staat als eine funktionierende Demokratie selbst übernehmen müsste. In einzelnen Modulen werden die notwendigen Fähigkeiten zur politischen Partizipation in einer Demokratie geschärft: die Fähigkeit zur Meinungsbildung zu anstehenden gesellschaftlichen Problemen, zur Argumentation, zum kritischen Betrachten und zur Lösungsfindung.

Politisches Desinteresse und Verweigerung der Wahlbeteiligung

Victoria Weber, bis vor wenigen Jahren noch selbst Schülerin und derzeit Gemeinderätin in Schwaz, kennt das politische Desinteresse, die Frustration und die niedrige Wahlbeteiligung unter Jugendlichen und Erwachsenen. Junge und ältere

BürgerInnen bleiben immer häufiger den Gemeinderats- und Landtagswahlen als auch den nationalen und europäischen Wahlen fern.¹¹ Ein Aufschrei der Entrüstung von Politik und Öffentlichkeit ertönte bei nahezu jeder der letzten Wahlen über die geringe Wahlbeteiligung. Die Entrüstung galt den BürgerInnen: ihrer Interessenlosigkeit, sich politisch zu beteiligen, und ihrer Ignoranz gegenüber der Wahl. Der Ignoranz und dem Desinteresse muss aber ebenso nachgegangen werden, so der Ansatz des PoBi-Teams.

Die Beobachtungen im Unterricht für politische Bildung in 30 Tiroler Schulen bestätigen deutlich, dass sich besonders unter älteren SchülerInnen eine Unzufriedenheit mit Abgeordneten und Parteien und vor allem mit der Ausformung des demokratischen Systems selbst breitmacht. Die Jugendlichen begründen das meist damit, dass „sie selbst eh nichts verändern können“, und haben deswegen zunächst kein Interesse an der derzeitigen Parteipolitik. Die politische Elite empfinden sie von der Gemeinde bis zur europäischen Ebene als „Leute, die nur das tun, was sie wollen, und nicht, was *wir* fordern.“¹²

Die SchülerInnen spiegeln mit ihrer Haltung gesamtgesellschaftliche Tendenzen wider. Das Desinteresse für Politik hat zahlreiche Gründe, so ist es etwa dem Gefühl geschuldet, von der Politik („von denen da oben“) nicht gehört zu werden. Es ist aber auch Antwort auf die Distanz politischer Eliten von den Lebensrealitäten der WählerInnen. Dazu gesellt sich ein „generalisiertes Misstrauen in politische Akteure aufgrund von Fehlverhalten, Skandalen und Korruption“¹³. Die PR-Kampagnisierung der Parteien, die in mediengerechter Inszenierung mit immer ähnlicheren Programmen aufwarten und ein Journalismus, der letztlich unwichtige Dinge unterhaltsam inszeniert anstatt politisch relevante Themen ausführlich zu erklären, führen die Orientierungslosigkeit der BürgerInnen herbei. Die zunehmende Ökonomisierung der Politik – in der wirtschaftlichen Interessen anstatt einer Politik des Gemeinwohls Vorrang gegeben wird und in der politische Eliten mitunter selbst als Handlanger profitorientierter Unternehmen agieren – fördert die Einstellung, dass Wahlen sinnlos wären. Wahlenthaltung ist ebenso ein absichtliches, protestierendes Fernbleiben am Wahltag. So ist die Verweigerung der aktiven Teilnahme auch Unzufriedenheit mit den derzeitigen Verhältnissen (in) der Demokratie.

Um der desillusionierten Haltung bereits bei Jugendlichen entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Zusammenleben zumindest auf lokalem Raum zu demokratisieren, erarbeitete das PoBi-Team ein Konzept zur politischen Bildung. Es soll Jugendliche zur Mitgestaltung von Demokratie motivieren und ihnen Instrumente dazu in die Hand geben: Ein Rollenspiel setzt SchülerInnen in die Position von GemeinderätInnen, eine Diskussion zwischen Jugendlichen und den Abgeordneten aller politischen Ebenen und Parteien lässt Barrieren brechen und programmatische Unterschiede deutlich werden und der Besuch im Landtag eröffnet den Blick für die institutionelle Arbeit. Denn der Ansatz des Projekts PoBi kommt aus einer langfristigen Perspektive: In einer Demokratie, die aus ihrem Selbstverständnis die „Herrschaft des Volkes“ sein will, muss die (Wieder-)Herstellung des politischen Interesses ins Zentrum gerückt werden, Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Der Unterricht des PoBi-Teams ist, wenn auch zeitlich und geographisch begrenzt, erfolgreich. Es zeigt sich, dass das politische Interesse nicht fehlt,¹⁴ sondern Jugendliche sich sogar sehr schnell dafür begeistern, politisch mitzugestalten. Die meisten der bisher mehr als 2.800 Schülerinnen und Schüler nehmen an dem im Unterricht nachgestellten politischen Prozess besonders engagiert teil, sobald sie merken, dass sie mit ihren Argumenten Entscheidungen direkt beeinflussen können. Diese Erfahrung motiviert unterschiedslos in allen Klassen: in Tiroler Gymnasien und Neuen Mittelschulen, in Polytechnischen Schulen, Handelsakademien und Handelsschulen sowie auch in Klassen Höherer Technischer Lehrgänge (HTLs). Der Unterricht von PoBi wirkt sich als Handlungsorientierung auf die reale politische Teilhabe aus: Lehrpersonen sprechen von gewachsenem politischen Interesse und erhöhter Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen, die im PoBi-Unterricht selbst „Politik üben“.

Rollenspiel: Politik und Mitgestaltung lernen aus Erfahrung

Wird die eigene Handlungsfähigkeit zur Einflussnahme bewusst, wandelt sich die anfängliche Passivität in aktive, kreative Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess. Vor allem in den Rollenspielen der Gemeinderats-, Landtags-, oder Nationalratssitzungen lässt sich der Wandel zum begeisterten Engagement beobachten. Dabei werden die Jugendlichen einem Klub gleich den realen politischen Parteien zugestimmt, und ein zur Diskussion stehender „Tagesordnungspunkt“ gemeinsam beschlossen. Stets lokal und auf das Alter abgestimmt, soll die Gemeinderats-sitzung die unmittelbare Lebensrealität betreffen.¹⁵ In Kleingruppen (Klubs) werden Argumente für oder gegen den Bau eines Jugendzentrums in Landeck, eines Einkaufszentrums in Schwaz, eines Wasserkraftwerks inklusive Solarzellenbestückung (mit Klassen der HTL Innsbruck) oder den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (HBLA Innsbruck) etc. gesucht. Die PoBi-Teammitglieder geben Hilfestellung in der Argumentation. Die Entscheidungsfindung, ausgehend von einer speziellen Lebenssituation oder einer beruflichen Position, gibt zugleich Einsichten und verlangt das Nachdenken über neue Argumentationslinien. So wird einzelnen Oberstufenschülerinnen zusätzlich vorgeschlagen, in die Rolle einer Geschäftsbesitzerin zu schlüpfen, und einigen Schülern, die Rolle eines alleinerziehenden Vaters einzunehmen.

Nach der Einigung in den einzelnen Klubs wird in der Gemeinderats-sitzung innerhalb der gesamten Klasse debattiert. Eine Person wird zur Moderation der Debatte zur Landtagspräsidentin oder zum Bürgermeister ernannt. Am Ende wird über den Antrag zum Bau des Einkaufszentrums usw. samt eingebrachten Änderungsanträgen abgestimmt.

Soziale Herkunft prägt politische Beteiligung

Gerade während des Rollenspiels zeichnet sich ein Problem besonders ab: Jugendlichen fehlt es an Erfahrung und Können, (politische) Diskussionen zu führen und Argumente zu suchen. Dies ist sehr eng mit der sozialen Herkunft der SchülerInnen verknüpft, so Victoria Weber. Klassen und Freundeskreise beeinflussen zwar die politische Haltung, doch bestimmend sind die sozialen bzw. Familienverhältnisse. Dabei geht es nicht nur um parteipolitische Präferenzen, sondern um „die Einstellung zur Politik an sich, die sich etwa in Unzufriedenheit oder auch Begeisterung ausdrückt“, so Victoria Weber, die nahezu alle 131 Klassenbesuche beobachtet hat. Wird daheim politisiert, greifen die Jugendlichen nebenbei Fakten auf und haben einen Startvorteil im Begreifen von Politik. Bei besonders engagierten und reddegewandten SchülerInnen weisen Lehrkräfte darauf hin, dass „ein Familienmitglied im Gemeinderat sitzt“. Umgekehrt sind häufig jene Jugendlichen unbeholfen in der Meinungsfindung und Darstellung ihrer Positionen, die von zuhause eine Gesprächskultur gewohnt sind, in der sie nicht ernst genommen werden. Dies ist meist mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Eltern verbunden, sich aufgrund der Arbeits- und Familienverhältnisse Zeit für das einzelne Kind zu nehmen.

Keinesfalls aber, so Weber weiter, ist politisches Interesse auf die Schulform oder das Alter zurückzuführen. Sie berichtet von „SchülerInnen in der Polytechnischen Schule, die äußerst gut durchdachte Argumente vorbrachten und im



Jugendliche in der Neuen Mittelschule Jenbach während eines Brainstormings zur Bedeutung der politischen Partizipation



Rund hundert SchülerInnen des Paulinums Schwaz konfrontierten die PolitikerInnen bei der Diskussion mit Fragen und Kritik

kritisierbar sind¹⁶. Gleichzeitig ist es wichtig zu zeigen, dass PolitikerInnen über Macht verfügen, die die konkrete Lebensrealität der einzelnen beeinflussen kann. Dazu sollen PolitikerInnen zur Rechtfertigung der eigenen politischen Position und Arbeit gebracht werden.¹⁷

Fazit: Politische Teilhabe mehr als nur Wahlbeteiligung

Den Tiroler Jugendlichen den Weg zur größtmöglichen Teilhabe am politischen Prozess zu ebnen, ist das Ziel von PoBi. Auch wenn die Mittel bezogen auf Reichweite, Zeit und Finanzierung sehr begrenzt sind, versucht das Team, die politische Beteiligung durch die Schulung von Argumentation und Rede zu erleichtern. Mit einem Einblick in die tatsächlichen Ausformungen der Politik beim gemeinsamen Besuch des Landtags oder in einer Diskussion mit PolitikerInnen wird Interesse geweckt, sich selbstständig weiter zu bilden. Das eigenständige Reflektieren über die Gestaltung der Demokratie ist außerdem wichtiges Ziel von PoBi – es erfüllt damit den prozessualen Auftrag politischer Bildung. Dabei geht es dem Tiroler Projekt nicht primär um das Anheben der Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen, was gern als Maßstab politischer Partizipation angesehen und als ein Signal funktionierender Demokratien gewertet wird.

Das oft beklagte fehlende Interesse an Wahlen teilzunehmen, verlangt die Beantwortung von grundlegenden Fragen, die die politischen Institutionen, ihre Eliten und das Funktionieren der Demokratie betreffen. Zunächst, ob die herkömmlichen

Parteien als Vertreterinnen der BürgerInnen zufriedenstellend arbeiten. Ferner, welche neuen Kanäle der Mitbestimmung neben den immer weniger wahrgenommenen Wahlen möglich sind – so eröffnen beispielsweise soziale Onlinemedien kostengünstige und leicht anwendbare Kommunikationsmöglichkeiten. Das politische Probehandeln in den PoBi-Modulen ist Zeichen dafür, dass Verdrossenheit und Desinteresse deutlich zurückgehen, sobald Politik als beeinflussbarer Prozess verstanden wird. Im Unterricht soll die aktive Teilnahme an der Demokratie durch die Kompetenzerstärkung in Rollenspielen und die Begegnungen mit PolitikerInnen gefördert werden. Dies soll den Wandel von nachgestelltem politischem Engagement in reale Partizipation zur Folge haben. Die Diskussion der Frage, welche Formen der Partizipation möglich sein können, begleitet den Prozess.

Politischer Unterricht muss sich neben der Institutionenlehre den Problemen der Zeit annehmen: Dazu gehört beispielsweise die Aufklärung über die (missbräuchliche) Datennutzung sozialer Netzwerke aus wirtschaftlichem Interesse. Darunter fällt auch die kritische Thematisierung von (manipulativen) Medienkampagnen, die besonders von ökonomischer Seite immer umfassender werden.

Die Klage über fehlendes politisches Interesse darf sich jedenfalls nicht nur in fragenden Gesichtern bei niedriger Wahlbeteiligung äußern.¹⁸ Die gewählte politische Elite eines demokratischen Systems sollte danach streben, politisch aktive, neugierige, interessierte, verantwortungsbewusst entscheidende BürgerInnen zu vertreten, die das Bestehende stetig bewerten und hinterfragen. Ebenso sollte bei diesen die Tendenz vorhanden sein, Demokratie etwa auch auf die wirtschaftliche Ebene zu erweitern. Dies anzugehen funktioniert – nicht nur, aber zu einem Teil – über Bildung, die weit über die „lehrerInnenzentrierte, kognitive faktenorientierte Berieselung (Modell LehrerIn erklärt die Welt), [mit] klassischen Unterrichtsmedien (Schulbuch) und Sozialformen“¹⁹ hinausgeht.

Eine Auseinandersetzung mit der Doppelbödigkeit, einerseits politische Bildung zu vernachlässigen, und andererseits über das Abflauen der WählerInnenzahlen zu klagen, tut not. Nicht nur, weil politisch gebildete Menschen reflektiert wählen sollen, sondern weil Demokratie eben mehr ist, als nur an Wahlen teilzunehmen. Die Ziele des politischen Bildungsunterrichts könnten dabei ihren Anfang nehmen: bei der Begeisterung der Jugendlichen, sich politisch zu interessieren, zu engagieren und sich zu überlegen, warum oder warum sie nicht an den Wahlen teilnehmen. Das PoBi-Team will dafür drei Fähigkeiten stärken, was leitend für politischen Unterricht sein soll: Politik und Demokratie zu hinterfragen, Kritik laut auszusprechen und Ideen zur Veränderung zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1 Peter Filzmaier: Jugend und Politische Bildung. Einstellung und Erwartungen 14- bis 24-Jähriger. Kurzbericht zur Pilotstudie, Wien 2007, S. 12.
- 2 Die Autorin war selbst Referentin für PoBi.
- 3 BMUKK: „Geschichte und Politische Bildung“ – ein neuer Pflichtgegenstand in der AHS, Austrian Education News, Nr. 30, Wien 2002, <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/7617/AEN30.pdf> (Zugriff 25.8.2013).

- 4 Helle Becker: Politische Bildung in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Politische Bildung, 62. Jg., Frankfurt a. M. 2012, S. 16–22.
- 5 Europäische Kommission: Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, Luxemburg 2007, http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/ll-learning/keycomp_de.pdf (Zugriff 25.8.2013).
- 6 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK): Politische Bildung in den Schulen. Grundsatzlerlass zum Unterrichtsprinzip, Wien 1978.
- 7 Detlef Oesterreich: Politische Bildung von 14-Jährigen. Studien aus dem Projekt Civic Education, Opladen, 2002, S. 2–6.
- 8 Donau-Universität Krems: „Pilotstudie ‚Jugend und Politische Bildung‘: Ergebnisse im Parlament präsentiert“, Krems 2007, <http://www.donau-uni.ac.at/de/universitaet/netpol/news/id/10205/index.php?URL=/de/universitaet/netpol/news> (Zugriff 20.8.2013).
- 9 Gespräche mit Tiroler SchülerInnen im Rahmen des Projekts PoBi, Schuljahr 2011/12.
- 10 Peter Filzmaier/Cornelia Klepp: Mehr als Wählen mit 16. Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 38, Wien 2009, S. 341–355. Hier 341 ff.
- 11 Armin Muigg: Bleibt bloß weg!, in: Echo. Tirols erstes Nachrichtenmagazin, Innsbruck 06/2013, S. 74.
- 12 Gespräch mit Victoria Weber, Innsbruck, 6.5.2013.
- 13 kurier.at, 29.4.2013, <http://kurier.at/politik/inland/groesste-auswahl-geringste-wahlbeteiligung/10901638> (Zugriff 20.8.2013).
- 14 Filzmaier: Jugend und Politische Bildung, S. 12.
- 15 Ebd.
- 16 Schüler der HTL Anichstraße Innsbruck, 2012.
- 17 Gespräch mit Victoria Weber, Innsbruck, 6.5.2013.
- 18 Gespräch mit Victoria Weber, Innsbruck, 6.5.2013.
- 19 Herbert Pichler: Politische Bildung als gelebte Praxis, in: Gertraud Diendorfer/Siegrid Steinger, Sigrid (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts. 2006, S. 105–114, hier S. 105.